

24. Beilage im Jahr 2024 zu den Sitzungsunterlagen des XXXI. Vorarlberger Landtages

Selbstständiger Antrag der NEOS Vorarlberg

Beilage 24/2024

An das
Präsidium des Vorarlberger Landtages
Landhaus
6900 Bregenz

Bregenz, am 28.02.2024

Betreff: Demokratiebildung - Allen Kindern und Jugendlichen demokratische Grundwerte vermitteln!

Sehr geehrter Herr Präsident,

der Hamas-Angriff auf Israel hat nicht nur die ganze Welt schockiert, er hat Defizite im demokratischen Selbstverständnis Europas aufgezeigt. Der politische Rechtsruck, der davor bereits spürbar war, wurde verstärkt. Aber auch antidemokratische Tendenzen in migrantischen Milieus zeigen sich verstärkt - ihnen wird in der Lebensrealität dieser jungen Menschen zu wenig entgegengesetzt. Aber wir müssen mit allen Mitteln gegen Extremismus und für demokratische Werte eintreten. Dass Vorarlberg dabei keine Insel ist, zeigt so manch befremdliche Positionierung in der Öffentlichkeit. Das veranlasste uns NEOS dazu, nachzufragen wie es mit dem Demokratieverständnis unter Kinder und Jugendlichen in Vorarlberg bestellt ist und was der Bildungssektor zu deren Stärkung beiträgt.¹

Die Ergebnisse waren ernüchternd, denn eigentlich fehlt ein Überblick darüber, wie gut die Schüler:innen bei diesem hochsensiblen Thema tatsächlich erreicht werden. Für uns NEOS geht Bildung anders. Genauso wie klar sein muss, dass am Ende der Schullaufbahn sinnerfassendes Lesen, Schreiben und Rechnen zu den fundamentalen Life Skills gehören, ist es für uns selbstverständlich, dass junge Menschen am Ende ihrer Pflichtschulzeit einen konkreten Wertekanon als Grundpfeiler unserer modernen Gesellschaft anerkennen.

Die Anfragebeantwortung ist auch hinsichtlich des Bildungsangebotes ernüchternd. Es gibt zwar eine Auswahl an Angeboten, aber wer eine systematischen oder gar strategischen Masterplan in Richtung demokratischer Bildung junger Menschen erwartet, ist schnell am Ende der Schnur angelangt. Diese Aufgabe aber nur den Schulen im Rahmen der Schulautonomie zuzuschieben, funktioniert in Anbetracht der fundamentalen Bedeutung der Themen wie gutes Zusammenleben, gelingende Integration oder Toleranz und Akzeptanz besonders heutzutage nicht mehr.

¹ 29.01.494

Die Entwicklungen der letzten Monate zeigen deutlich den dringenden Handlungsbedarf, hier genau hinzusehen und zu optimieren. Dass dies bisher nicht erfolgt ist, weiß man aus Gesprächen mit Schüler:innen und Pädagog:innen. Auch die Frage wie die jeweiligen Angebote für die Schulen abgesichert sind, ist offen. Neue Angebote wie z.B. #OhneAngstVerschiedenSein leisten aktuell einen wesentlichen Beitrag, um Konfliktsituationen in den Kontext zu rücken und demokratische, humanistische Grundwerte zu vermitteln. Aber so wie andere Angebote stehen sie finanziell auf wackeligen Beinen. Der fehlende Planungshorizont verhindert jedoch den Ausbau der Workshopangebote, der zweifelsohne durch die gestiegene Nachfrage gerechtfertigt ist.

Vor diesem Hintergrund stellen wir hiermit gemäß § 12 der Geschäftsordnung des Vorarlberger Landtages folgenden

ANTRAG

Der Vorarlberger Landtag möge beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. gemeinsam mit relevanten Stakeholdern eine Gesamtstrategie zur "Demokratiebildung und Extremismus-Prävention" auszuarbeiten, damit möglichst alle Schüler:innen im Laufe ihrer Schullaufbahn entsprechende Angebote in Anspruch nehmen können und damit die Stärkung der Demokratiekultur, der Menschenrechte und des gesellschaftlichen Zusammenhalts sowie der Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Extremismus, antidemokratischen Haltungen und Gewalt erreicht werden.
2. die notwendigen Mittel für Workshops im Bereich von "Demokratiebildung und Extremismus-Prävention" sicherzustellen und diesen Angeboten und Projekten, wie z.B. #OhneAngstVerschiedenSein des jüdischen Museums, einen längerfristigen Planungshorizont zu bieten, um einen entsprechenden Ausbau zu ermöglichen."

LAbg. KO Johannes Gasser, MSc Bakk. BA

LAbg. Garry Thür, lic.oec.HSG

LAbg. Fabienne Lackner

Der XXXI. Vorarlberger Landtag hat in seiner 3. Sitzung im Jahr 2024, am 10. April, den Selbstständigen Antrag, Beilage 24/2024, mit den Stimmen der VP-Fraktion und der Fraktion Die Grünen sowie des fraktionslosen Abg. Hopfner mehrheitlich abgelehnt (dafür: FPÖ, SPÖ und NEOS).

Hinweis: siehe auch Vorlage des Kultur- und Bildungsausschusses, Beilage 40/2024